

Landeshauptstadt Stuttgart  
Der Oberbürgermeister  
GZ: OB 1517-02

Stuttgart, 05.08.2019

## Stellungnahme zum Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktionen Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS
Datum 17.05.2019
Betreff Ergänzung zum Antrag Klimanotstand 131/2019

Anlagen

Text der Anfragen/ der Anträge

Um den Klimaschutz effizienter zu gestalten, schlägt der Verein „CO<sub>2</sub> Abgabe e.V.“ eine Klimaabgabe auf fossile Energieträger vor. Der in Freiburg sitzende Verein wurde 2017 gegründet und hat mittlerweile rund 900 Mitglieder. Darunter sind Unternehmen, Verbände und einige wenige Kommunen, den Großteil der Mitglieder stellen allerdings Einzelpersonen.

Die Verwaltung geht davon aus, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Sinne einer Lenkung die Energiewende in mehreren Sektoren beschleunigen kann. Durch die Verteuerung von fossilen Energien wird automatisch eine höhere Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen zur Energieeinsparung oder vom Bau von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie erreicht.

Die Landeshauptstadt Stuttgart macht sich bereits im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeiten für die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe stark, konkret erfolgt dies beispielsweise über ihre Mitgliedschaft und Mitarbeit beim Deutschen Städtetag. Dort wurde die Thematik bereits diskutiert. Hierzu hat der Städtetag eine gemeinsame Pressemitteilung vom 4. Juni 2019 herausgegeben in der eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung als weiterer geeigneter Ansatz zur Erreichung der Klimaziele angesehen wird.

Darüber hinaus wurde die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe im Rahmen der Stuttgarter Akteursbeteiligung in mehreren AG-Sitzungen diskutiert und ausführlich im Fachbeirat vom 19. Dezember 2018 vorgestellt. Dies geschah durch Dr. Joachim Nitsch, der selbst wiederum ein festes Mitglied des Fachbeirats ist. Durch diese Verbindung ist das Amt für Umweltschutz bereits sehr gut mit der Interessensgemeinschaft vernetzt. Ebenso ist die CO<sub>2</sub>-Bepreisung in das „Aktionsprogramm Klimaschutz“ (GRDs 785/2019) eingegangen.

Es besteht aus Sicht des Amts für Umweltschutz aufgrund der bereits gut vorhandenen Kontakte und der bundesweiten Einflussnahme auch im Hinblick auf die damit verbundenen jährlichen Kosten von ca. 6.000 EUR keine Notwendigkeit, dem Verein als Mitglied beizutreten.

Fritz Kuhn

Verteiler  
<Verteiler>